



Aktion von Mitarbeitern der SSG vor der Stavo-Sitzung am 17.7.2021

## INHALT

### SEITE 2:

FINANZIELLE AUFWERTUNG DER ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER IN DARMSTADT WEITERHIN FEHLANZEIGE!

WACHSENDE ALTERSARMUT IN DARMSTADT

### SEITE 3:

DIE NEUE FRAKTION DER LINKEN

HAUSHALT 2022: LICHT UND SCHATTEN

FLÄCHENFRAB DURCH GEWERBEGEBIETE IN ARHEILGEN UND WIXHAUSEN VERHINDERN!

### SEITE 4:

ENDLICH EIN RICHTIGES SOZIALTICKET!

KINDER- UND JUGENDARMUT IN DARMSTADT

## Das muss drin sein: Keine Armutslöhne bei der Stadt und ihren Unternehmen!

**DIE LINKE kämpft für Aufwertung in den Kitas und für existenzsichernde Einkommen bei SSG, Heinerliner und Reinigungskräften**

**Faires Gehalt in der Kita: 3,5 Mio /Jahr**

In den ersten Monaten ihrer Arbeit hat sich die neue Fraktion der LINKEN die städtische Lohnpolitik zum Schwerpunkt gesetzt. Wir erwarten, dass sich die Stadt und ihre Unternehmen als Arbeitgeberinnen vorbildlich verhalten: die Gehälter müssen der Qualifikation und der Verantwortung angemessen sein, sie müssen auch im teuren Darmstadt ein Auskommen ermöglichen, und Stellen dürfen nur aus gutem Grund befristet angeboten werden. Wir haben mehrere Bereiche zur Sprache gebracht, in denen die Stadt diese Erwartungen enttäuscht.

Erstens: Vor sieben Jahren hatten die Erzieherinnen und Erzieher bundesweit in einem vierwöchigen Streik dafür gekämpft, dass ihr Beruf finanziell aufgewertet wird. Denn die Anforderungen sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestiegen, und im Vergleich zu technischen (Männer-)Berufen sind soziale (Frauen-)Berufe bei gleicher Ausbildungsdauer immer noch deutlich schlechter bezahlt. Die kommunalen Arbeitgeber hatten den Streik damals einfach ausgesessen, so dass kein Aufwertungs-Tarifvertrag zustande kam. Manche Kommunen (wie Frankfurt, Rüsselsheim, Hanau) gruppieren die Erzieher\*innen mittlerweile von sich aus besser ein und zahlen ihnen mehrere hundert Euro mehr als sie bei uns bekommen würden. Wir fordern seit Jahren, dass Darmstadt ebenso verfährt, doch bis heute hat sich der Magistrat nicht bewegt. Mittlerweile ist auch hier Bewegung in der Sache – mehr dazu auf Seite 2.

Zweitens: Vor vielen Jahren hat das

Klinikum seine patientenfernen Bereiche in Service-Gesellschaften ausgelagert, um die Beschäftigten nicht nach Tarif bezahlen zu müssen. Eines dieser Tochterunternehmen ist die Starkenburg Service Gesellschaft, wo etwa 300 Menschen zu sehr schlechten Bedingungen arbeiten müssen: es gibt keinen Tarifvertrag, unabhängig von der Betriebszugehörigkeits-Dauer bekommen die Beschäftigten weniger als 2000 Euro brutto im Monat bei einer 40-Stunden-Woche (11,12 Euro/Stunde), und viele von ihnen sind dazu noch sachgrundlos befristet eingestellt. Es ist skandalös: Menschen, die im Einflussbereich der Stadt arbeiten, bekommen Löhne von denen man kaum leben kann und die in die Altersarmut führen. Wir haben den Abschluss eines Tarifvertrags, das Ende der sachgrundlosen Befristungen und perspektivisch die Wiedereingliederung ins Klinikum gefordert. Wie Stadtkämmerer Schellenberg auf unsere Forderung reagierte lesen Sie auf Seite 2.

**400 Euro mehr im Monat bei der SSG: 2 Mio/Jahr**

Drittens: Im öffentlichen Dienst gibt es die Niedriglohngruppe EG 1, die in vielen Städten und Kreisen (z.B.

Darmstadt-Dieburg) nicht mehr angewendet wird. Doch bei uns werden in der Verwaltung und beim EAD über 100 Reinigungskräfte mit einem Gehalt abgespeist, das kaum über dem künftigen Mindestlohn von 12 Euro liegt. Auch hier ist die Stadt direkt für Armut verantwortlich. Für uns haben auch Menschen, die nicht gut qualifiziert sind, ein Recht auf einen existenzsichernden Lohn, wenn sie acht Stunden pro Tag hart arbeiten. Deshalb haben wir beantragt, grundsätzlich aus dieser Lohngruppe auszusteiern und die Betroffenen in die nächsthöhere Gruppe zu übernehmen. Doch leider ließen CDU, Grüne und Volt auch in diesem Fall nicht mit sich reden, und es bleibt dabei: wer städtische Gebäude reinigt verdient deutlich weniger als eine Putzkraft im privaten Haushalt.

Und viertens werden die Fahrerinnen und Fahrer des „Heinerliners“ nicht nach den Bedingungen für das Bus-Fahrpersonal der HEAG-mobilo bezahlt. Darauf hatte sich die Mehrheit der Stadtverordneten 2019 leider eingelassen. Und was kommt dabei heraus, wenn man dem externen Betreiber des Modellversuchs keinerlei Vorgaben zur Entlohnung macht? Richtig: Bezahlung im Bereich des Mindestlohns. Wenn nach dem Ende der Versuchsphase der Regelbetrieb beginnt, dann kann die HEAG den Fahrbetrieb übernehmen. Wir werden Druck machen, dass dies auch geschieht und dass für die Menschen am Steuer der Heinerliner der gleiche Tarif gilt wie für diejenigen am Lenkrad der Busse.

**Faire Löhne für Reinigungskräfte: 0,85 Mio/Jahr**





# Endlich ein richtiges Sozialticket!

**Nach mehreren Anläufen beschloss die Stadtverordnetenversammlung bei ihrer letzten Sitzung des Jahres 2021 endlich ein Sozialticket, das den Bedürfnissen der Menschen gerechter wird.**

Bis zu diesem Ergebnis war es allerdings ein langer Weg. Schon seit 2007 versuchte unsere Fraktion, untermauert von Veranstaltungen und Anträgen, in der Stadtverordnetenversammlung dieses Thema voran zu bringen. Leider oftmals vergeblich. Bei unserem ersten Antrag war Walter Hoffmann noch der Oberbürgermeister, und Jochen Partsch war Sozialdezernent. Die damalige Koalition sah keinen Bedarf für ein Sozialticket, was aus unserer Sicht eine Fehleinschätzung war. Durch diese ablehnende Haltung ließen wir uns Fraktion aber nicht davon abbringen, weiterhin an diesem wichtigen Thema zu arbeiten.

Erst als Barbara Akdeniz das Sozialdezernat übernahm kam wieder Schwung in die Sache. Eine Magis-

tratsvorlage zur Einführung eines Sozialtickets wurde vorgelegt, die allerdings noch weit entfernt von den Bedürfnissen der betroffenen Menschen war. Es war damals schon abzusehen, dass die Akzeptanz des eingeführten Sozialtickets nicht sehr hoch sein würde. Dies bestätigte sich dann auch im Laufe der letzten beiden Jahre. Eines der größten Probleme war, dass das eingeführte Sozialticket erst ab 9 Uhr morgens genutzt werden konnte. Auch die fehlende Zone 3 und der hohe Eigenanteil waren nicht förderlich.

In der verabschiedeten Vorlage vom 14. Dezember 2021 gibt es nun deutliche Verbesserungen. Nicht nur wurde die 9-Uhr-Regelung aufgehoben, sondern auch die Zone 3 in das Sozialticket aufgenommen. Auch

eine höhere Bezuschussung des Sozialtickets wurde umgesetzt. So werden die Zonen 1 und 2 mit 50 %, und die Zone 3 mit 54 % bezuschusst. Dies kommt unseren Vorstellungen eines Sozialtickets schon deutlich näher, so dass wir der Vorlage zustimmen konnten.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir uns nun zufrieden zurücklehnen könnten. Auch in der Zukunft werden wir uns für Verbesserungen einsetzen. Unser nächstes Ziel ist, dass auch Einzel-, Tages- und Mehrfahrkarten (10er-Karte) Bestandteil des Sozialtickets in Darmstadt werden. Zwar sind vergünstigte Monatskarten als Fortschritt zu begrüßen, aber gerade die Aufnahme der Tageskarte wäre für viele eine wichtige und gute Entscheidung.



Karl-Heinz Böck,  
Stadtverordneter

## Kinder- und Jugendarmut in Darmstadt ist eine der zentralen Herausforderungen für unsere Politik

Die Startchancen und Teilhabemöglichkeiten von Kindern sind nicht gleich verteilt. Aufwachsen in Armut hat erhebliche Folgen für das Wohlbefinden, die Bildung und die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Kinderarmut ist daher nicht zu trennen von der Situation ihrer Eltern und dem Zusammenhang von Vereinbarkeit von Beruf und Familie (siehe Seite 2) und der Einkommens- bzw. Beschäftigungssituation der Eltern (siehe Artikel Lohnpolitik).

Armut macht krank und grenzt aus. Die Corona-Krise droht das Problem der Kinderarmut weiter zu verschärfen, weil sich die bereits vorhandenen strukturellen Benachteiligungen verstärken. Viele außerhäuslichen Unterstützungsangebote sind weggefallen und beim Homeschooling verfügen arme Kinder seltener über die erforderliche technische Ausstattung und Rückzugsräume für ungestörtes Lernen fehlen.

In Darmstadt wächst jedes fünfte Kind und jede\*r fünfte Jugendliche (Sozialatlas 2020) in einem Haushalt auf, in dem Mangel zum Alltag gehört, weil die Eltern Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) beziehen. Es ist beschämend, dass diese Kinder- und Jugendarmut in der Stadt seit Jahren auf hohem Niveau stagniert. Vor allem, weil es immer wieder diejenigen betrifft, die in den Stadtteilen Kirchtannensiedlung (52%), Palaswiesenviertel (49%), Kranichstein (38%) und Eberstadt (24%) wohnen. Damit wird deutlich, dass die bisherigen Maßnahmen in diesen Vierteln



nicht ausreichen und nicht die politische Aufmerksamkeit erhalten, die sie verdienen.

**Kein Gießkannenprinzip, sondern Hilfsangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche in den benannten Stadtteilen**

Aufgrund der aktuellen Krise spielen niedrigschwellige Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche zur Armutsvermeidung eine wichtige Rolle. Die Sozial- und Bildungspolitik der LINKEN setzt sich deshalb auch zukünftig für einen Ausbau alltagsunterstützender Infrastruktur in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ein (z.B. Schulkinderbetreuung, Familienbildung). Auch wenn die in der letzten Legislaturperiode durch GRÜNE und CDU erfolgte Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit diese Zielsetzung aus den Augen verloren hat, wird die LINKE Fraktion dieses Ziel

weiter konsequent verfolgen.

Wir haben uns gegen die Schließung des Max-Rieger-Heims und die Personalkosteneinsparung im Kinderhaus Paradies in Eberstadt eingesetzt. Leider konnten wir uns als kleine Fraktion im Stadtparlament hier nicht durchsetzen. Trotzdem hat unser Engagement für den Erhalt der Einrichtungen gezeigt, dass für die Stadtregierung die Beseitigung der Armut von Kindern in den genannten Vierteln keinen hohen Stellenwert hat.

**Armut konsequent bekämpfen: „Je früher, desto besser“**

Für uns hat die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut auch zukünftig eine sehr hohe Priorität. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Verwirklichungschancen und die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen aus von Armut bedrohten Familien verbessert werden.



Rita Weirich,  
Mitglied der erweiterten Fraktion

**DIE LINKE.**  
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

### ADRESSE

Fraktion DIE LINKE in der  
Stadtverordnetenversammlung  
Landgraf-Philipp-Anlage 32  
64283 Darmstadt  
Telefon: 06 151-6 69 03 10  
Telefax: 06 151-6 69 05 33  
info@linksfraktion-darmstadt.de  
www.linksfraktion-darmstadt.de  
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

### BÜRGERSPRECHSTUNDE

Unsere Stadtverordneten laden Sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen.

Zur Vereinbarung eines Termins kontaktieren Sie uns telefonisch oder per Email.

### ÖFFENTLICHE FRAKTIONSSITZUNGEN

Ort: LinksTreff Georg Fröba/z.Zeit per Videokonferenz, mehr Informationen per Email

Nächste Termine:  
21.02.2022 20 Uhr  
21.03.2022 20 Uhr  
02.05.2022 20 Uhr